

Kinder sehen die Welt



Erquickende Sonnenstrahlen. Die fünfjährige Paolina hat sich schon auf die Suche nach dem Frühling gemacht. Dabei entdeckte sie eine Wiese mit einer blühenden lila Blume, über deren Kopf ein bunter Schmetterling fröhlich tanzt. Dabei wird er vom Eichhörnchen im Baumstamm beobachtet. gku

Wir freuen uns über Kinderzeichnungen. Man kann sie am Schalter abgeben oder einsenden an: Basler Zeitung, Redaktionssekretariat, Kinderzeichnung, Aeschenplatz 7, 4002 Basel.

Kopf der Woche

Madonna Ciccone Absturz ins Rampenlicht

Von Michael Bahnerth

Die Sache ist ganz einfach: Madonna ist vorbei. Ich weiss es, Sie wissen es, und nur Madonna weiss es nicht. Vorbei heisst, dass sie die Hoheit über ihre angestammten Themen in den Umlaufbahnen des Pop verloren hat, altershalber auch, Madonna ist 56, und alles, was sie noch tut, ist Madonna zu wiederholen. Die sexuellen Provokationen hat Miley Cyrus übernommen, den Part als Diva Lady Gaga, den besseren Hintern hat Kim Kardashian, und musikalisch dümpelt sie so sehr in diesen belanglos plätschernden Gewässern wie alle andern auch.

Das ist das Problem mit Madonna: Jahrzehntlang setzte sie die Trends, sie war die Wölfin, der die Hündchen hinterherwatschelten, und wenn sie heute und jaulte, kläfften die andern. Jetzt rennt sie im Rudel mit, hechelt und hofft, den Anschluss nicht zu verlieren. Sie setzt keine Trends mehr, weder musikalisch noch in jenem Bereich, den man Lifestyle nennt, sie versucht nur noch, Themen zu besetzen.

Warum tut sie das – so zu tun, als wäre immer noch irgendwas zwischen 1983 und 1998, als sie wirklich das Mass aller Poppinge war und kein Weg an ihr vorbeiführte. Ist es das kleine grosse biologische Drama des Alterns: nachlassendes Skelett, aufweichende Muskelmasse, Falten, Müdigkeit, Menopause? Oder krankhafter Ehrgeiz vielleicht, die trainierteste und ansonsten bestgespritzte und -operierte 56-Jährige zu sein? Warum zerstört sie gerade ihre eigene Legende oder tauscht sie gegen Lächerlichkeit ein und wird zum Schatten ihrer eigenen Sonne?

Sie war mal eine – nur um die Liga zu skizzieren, in der sie musizierte –, deren Alben zwischen 20 und 30 Millionen Mal verkauft wurden. Das letzte, «MDNA» aus dem Jahre 2012, brachte es noch auf zwei Millionen, und am 6. März soll das neue erscheinen, «Rebel Heart», Rebellenherz. Im Grunde ist es schon draussen, ein Hacker stellte, irgendwie, sechs Songs ins Netz, sosolala sind sie.



Fehltritt. Madonna Louise Ciccone (56). Die «Queen of Pop» stürzt sich grad selbst vom Thron.

Das ungefähr war ihr «state of being», als sie anlässlich der «Brit Awards» an oder in ihrem Armani-Cape hängen blieb, als Tänzer versuchten, ihr es auszuziehen. Sie fiel dann eine Treppe hinunter, rappelte sich auf, sang den Song «Living for Love» zu Ende und sagte später in Anlehnung an eine Songzeile des Liedes, dass «Liebe» sie wieder upgeliftet habe. Der Sturz war ein Absturz, und ich wette alle meine Madonna-Platten, dass das alles inszeniert war, um danach im Schein der Schlagzeilen zu stehen. Um es nochmals zu haben, das Gefühl, dass sich die ganze Welt um sie drehe, vielleicht, um sich selbst zu beweisen, dass sie immer noch Madonna sein kann und das Alpha-Weibchen im Görenrudel ist. Das, naja, Tragische ist nur, dass sie im Grunde über sich selbst gestolpert ist und sich selbst gerade zu Fall gebracht hat.

Briefe

Bürokratiemonster frisst Arbeitsplätze

Energiesteuer-Initiative

(CH-Abstimmung 8. März); BaZ diverse
Die Initiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» verlangt eine Steuer auf nicht erneuerbare Energiequellen wie Atom, Kohle und Öl. Die Folgen wären massiv. Ein Liter Benzin würde dann fünf Franken kosten, auch der Liter Öl wäre dann über drei Franken teurer. Dies ist der völlig falsche Weg, um erneuerbare Energien zu fördern. Diese Strafsteuer trifft jene hart, die nicht einfach so schnell auf nicht erneuerbare Energieträger verzichten können. Damit schaden die Initianten insbesondere den KMU, die unter der Wettbewerbsverzerrung leiden. Denn Schweizer Produkte würden im Vergleich zum Ausland noch teurer. Folglich schwächt die Initiative die Wettbewerbsfähigkeit, den Wohlstand und gefährdet so Arbeitsplätze. Gerade jetzt nach dem Frankenschock wäre dies ein fataler Entscheid für den Wirtschaftsstandort Schweiz – und unsere KMU in der Grenzregion Basel. Der Einkaufs- und der Tanktourismus ins Ausland würden damit noch mehr angeheizt, zum Schaden unserer KMU!

Der Wechsel von einer Mehrwertsteuer zu einer Energiesteuer müsste zudem zahllose Ausnahmen und Ausgleichsmechanismen beinhalten. Dies würde dazu führen, dass die Bürokratie für Schweizer Firmen noch grösser wird. Das kann es nicht sein. Darum stimme ich am 8. März gegen die Schaffung eines weiteren Bürokratiemonsters – und für unsere KMU.

Gabriel Barell, Basel, Direktor Gewerbeverband Basel-Stadt

Unsinnig, teuer und gefährlich

Was haben sich die Grünliberalen dabei gedacht? Mit der Initiative setzt die Partei nicht nur wichtige Staatsaufgaben aufs Spiel – sie bringt vor allem den Werkplatz Schweiz massiv in Gefahr. Die Berechnungen des Bundesrates sind alarmierend: Um die Mehrwertsteuer ersetzen zu können, würde das Benzin schon wenige Jahre nach der Annahme der Initiative drei Franken teurer – pro Liter! Mit 3.30 Franken pro

Liter wäre der Anstieg beim Heizöl noch massiver – und auch die Strompreise würden massiv in die Höhe schnellen. Mit Verlaub: Das ist Wahnsinn! Wer in der Schweiz produziert, braucht dafür zwingend Energie. Wird diese Energie jedoch, wie von der GLP gewünscht, zum unbezahlbaren Luxusgut, gefährdet dies zahlreiche Firmen in ihrer Existenz. Die Folgen sind absehbar: Zuerst werden die Löhne gekürzt, dann Mitarbeitende entlassen – und irgendwann wird der Betrieb eingestellt. Mit einem überzeugten Nein am 8. März können wir alle dafür sorgen, dass der Werkplatz Schweiz auch in Zukunft stark bleibt. Oder möchten Sie bald drei Franken mehr pro Liter Benzin zahlen?

Walter Gurtner, Däniken

Eine unsoziale Energiesteuer

Anlässlich der «Arena»-Sendung von SRF vom 20. 2. 15 über die Abstimmung Energie- statt Mehrwertsteuer hat der Initiant, Nationalrat Martin Bäumle, immer und immer wieder die gleichen Thesen wiederholt. Dadurch wurde die Argumentation aber nicht besser. Es war bezeichnend, dass ein SP-Nationalrat zusammen mit der Bundesrätin Widmer-Schlumpf die Gegnerschaft vertragen. Diese blieb sachlich und zeigte die Fehler der Initiative auf. Bäumle liess nur seine Berechnungen und Argumente gelten. An den Zahlen und Ausführungen der Gegner liess er kein gutes Haar und bezeichnete sie als falsch. Ich frage mich, wer will für den Liter Benzin drei bis fünf Franken bezahlen? Die Heizkostenabrechnungen und Strompreise steigen ins Unermessliche! Die bisher mit der Mehrwertsteuer planbaren Bundesfinanzen kommen ins Wanken und laufen aus dem Ruder.

So nicht, deshalb Nein für einen Wechsel von der Mehrwertsteuer zu einer unsozialen Energiesteuer.

Kurt Meyer, Neuhausen am Rheinfall

Belastung für KMU und Gewerbe

Der Werkplatz Basel wird bei der Annahme der Initiative massiv belastet. Die Initianten fordern den Ersatz der Mehrwertsteuer durch eine Energie-

steuer auf nicht erneuerbare Quellen. Dies hätte hohe Kosten für produktionsintensive Firmen zur Folge, was schlussendlich zur Verlagerung der Produktion ins Ausland führen kann. Zudem würden die Schweizer Produkte im Ausland viel teurer. Gerade die exportorientierte Region Basel ist gefährdet. Einhergehend sind Arbeitsplatz- und Wohlstandsverlust, gerade bei kleinen und mittleren Unternehmen. Ich setze mich für einen starken Werkplatz Basel ein und stimme am 8. März mit Nein.

Franz Meyer, Grellingen

Die Klinik braucht eine neue Zukunft

Hände weg von den sozialen Volkszahnkliniken; BaZ 25. 2. 15

Mit dem Universitären Zentrum für Zahnmedizin (UZB) wird das kinderzahnmedizinische Angebot in eine neue Zukunft geführt. Die Schulzahnbusse, das «gunde Znüni im Kindergarten», der zahnmedizinische Informationsmorgen in den Schulen, die Individualberatung mit Tipps und Tricks für eine gesunde Mundhygiene oder der Bakterien- und Speicheltest für Kinder zur Erfassung des Kariesrisikos bleiben fester Bestandteil der Kinderzahnmedizin. Falls die Kinder trotzdem zur zahnmedizinischen Behandlung gehen müssen, werden sie im neuen UZB ab 2019 eine moderne und auch kindergerechte Infrastruktur antreffen. Die heutige Schulzahnklinik könnte dies auch in Zukunft nicht bieten, da zu wenig Platz vorhanden ist. Deshalb stimme ich am 8. März 2015 im Interesse der Basler Kinder Ja zum UZB.

Patricia von Falkenstein, Basel, Präsidentin und Grossrätin LDP BS

Nicht diskutieren, sondern handeln

Ein neuer Hafen ennet der Grenze; BaZ 26. 2. 15

Es ist ja schön, dass mal wieder etwas über die Basler Häfen zu lesen ist! Der Basler (und Schweizer) Bevölkerung ist die Bedeutung des Verkehrs auf dem Wasser gar nicht so im Bewusstsein. Mich wundert es gar nicht, dass man sich ennet der Grenze um einen neuen,

besseren Bau eines Hafens bemüht. Hier bei uns wird in den zuständigen Bereichen immer nur, diskutiert, diskutiert...; dabei hat man offenbar vergessen, dass man auch mal etwas umsetzen sollte. Zugegeben man benötigt viel Geld, aber dafür hat man doch etwas für die Zukunft geschaffen (falls nicht andere ennet der Grenze schneller sind). Makaber scheint mir ja die Situation in Kleinhüningen insofern zu sein, als man lieber Wohnungen am Wasser bauen möchte, anstatt Landreserven für Hafen und Flusskreuzfahrtschiffe (Tourismus) zur Verfügung zu haben...

Walter Gabriel, Münchenstein

Die Falschspieler pokern schon lange

Von den Griechen pokern lernen; BaZ 24. 2. 15

Heumann empfiehlt unserer Regierung, sie soll nach dem Vorbild der Griechen mit der EU pokern. Der Vorschlag ist überflüssig. Eine Mehrheit der Bundesräte erweckt den Eindruck, sie würden schon lange pokern, allerdings nicht für die Schweiz, sondern zugunsten der EU, indem sie heimlich laufend Nachteile für unser Land aushandeln, damit wir am Schluss gezwungen wären, der eigentlichen Heimat dieser Falschspieler, der EU beizutreten. Denn ohne oder nur mit etwas Scheindemokratie regiert es sich bequemer als gegen den ewigen Störenfried Volk, das sich immer wieder dreist in seine eigenen Angelegenheiten einmischt, und obendrein könnte die Classe Politique in der EU sich selbst und die eigene Klientel mit lukrativen Pfründen versorgen.

Werner Furrer, Basel

An unsere Leserinnen und Leser

Über nicht veröffentlichte Briefe wird keine Korrespondenz geführt. Die Briefe sollten sich auf BaZ-Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen. Bitte senden Sie die Briefe mit vollständigem Namen, Adresse und Telefonnummer (für Rückfragen). Vielen Dank. <http://verlag.baz.ch/leserbrief> oder per E-Mail: leserbrief@baz.ch Postadresse: Basler Zeitung, Leserbrief, Postfach 2250, 4002 Basel